

## AKTUELL

## ADOPTIONSRECHT

# Reform erntet Lob

Tessie Jakobs

**Die Menschenrechtskommission zeigt sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bezüglich Adoptionsrecht grundsätzlich zufrieden. Noch besser wäre in ihren Augen jedoch eine „globale Reform“ gewesen.**

Die Diversität der heutigen Familienformen berücksichtigen: Die beratende Menschenrechtskommission (CCDH) begrüßt in einem Gutachten, dass die geplante Adoptionsreform diesem Anspruch gerecht wird. Im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, Belgien und den Niederlanden spiegelt das zurzeit gültige luxemburgische Adoptionsrecht eine „archaische Vorstellung von Familie“ wider. Laut CCDH ist es höchste Zeit, das zu ändern.

Seit einem Jahr befindet sich der von der damaligen Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) vorgelegte Gesetzentwurf mittlerweile auf dem Instanzenweg. Die Reform ist überfällig, unter dem bestehendem Gesetz werden verheiratete Personen gegenüber anderen Personengruppen nämlich privilegiert. „La vie familiale peut être construite aujourd’hui autrement que sur le mariage d’un homme et d’une femme“, heißt es diesbezüglich im vorliegenden Gesetzentwurf.

## Recht auf Volladoption

Die Reform erweitert den Zugang zur Volladoption: Fortan soll er einerseits auch alleinstehenden Eltern zustehen; andererseits müssen Paare nicht mehr verheiratet sein, damit entweder ein\*r der beiden das Kind des\*der anderen adoptieren kann oder beide gemeinsam ein Kind adoptieren können.

Zurzeit steht alleinstehenden Eltern und unverheirateten Partner\*innen nur die einfache Adoption zu. Bei der Volladoption besteht kein Abstammungsverhältnis zur Herkunftsfamilie, bei der einfachen allerdings schon: Die biologischen Eltern haben nach wie vor Rechte und Pflichten gegenüber ihrem Kind.

Die CCDH äußert zu diesem Aspekt nur einen Kritikpunkt: Dass es so lange gedauert hat, bis Luxemburg dem Beispiel der meisten seiner Nachbarländer gefolgt ist.

## Altersabstand

Eine weitere Änderung, die mit der vorliegenden Reform eingeführt werden soll: Neben dem bereits bestehenden minimalen Altersabstand von 15 Jahren, führt der Entwurf einen maximalen Altersunterschied

von 45 Jahren zwischen Adoptiveltern und Adoptivkind ein. Dieser kann im Einzelfall jedoch von einem Gericht aufgehoben werden, sollte dies im Interesse des Kindes sein.

Zwar widersetzt sich die CCDH diesem Vorschlag nicht, allerdings bestehe Klärungsbedarf. So suche man im Entwurf vergebens nach einer Begründung für die Begrenzung auf 45 Jahre Altersabstand. Die CCDH weist zudem darauf hin, dass die große Mehrheit der Länder weltweit keine solche Maximalgrenze vorsehen. Mit dieser Regelung, so schätzt die CCDH, beziehe man sich auf die Vorstellung einer „guten Familie“, diese wiederum beruhe auf den Altersunterschieden innerhalb biologischer Familien. Dadurch werde der Diversität heutiger Familien nicht Rechnung getragen, urteilt die CCDH. „En établissant des minimums et des maximums dans ce contexte, on laisse croire qu’il existe un âge idéal pour devenir parent (...).“ Familien, die diesem Ideal nicht entsprächen, würden durch den vorliegenden Entwurf abgewertet.

## Auch grundlegendere Kritik

In ihrem Gutachten äußert sich die CCDH jedoch nicht nur positiv. „Il est regrettable que le gouvernement se limite à faire des modifications ponctuelles des différents textes légaux dans ce domaine“, ist im Gutachten zu lesen. Wünschenswert wäre eine globale Reform gewesen. Vor allem der Situation lesbischer Eltern ist die Sorge der CCDH gewidmet. Entscheiden sich zwei Frauen gemeinsam mittels künstlicher Befruchtung ein Kind zu bekommen, besteht ausschließlich zu der Mutter, die das Kind ausgetragen hat, ein Abstammungsverhältnis. Um als gleichwertiger Elternteil anerkannt zu werden, muss die andere Mutter ihr Kind adoptieren. Die CCDH erinnert daran, dass im Regierungsvertrag diesbezüglich eine Reform anvisiert ist: Die zweite Mutter soll automatisch als Elternteil anerkannt werden, also ohne Adoption. Um dieses Ziel umzusetzen, so die Kritik der CCDH, sei nun aber noch ein weiterer Gesetzentwurf nötig. Die CCDH fürchtet, die Schaffung mehrerer Gesetze stehe der „Harmonisierung“ der hiesigen Gesetzeslage im Weg: „Dans un souci de sécurité juridique, il faut éviter des incohérences ou des vides juridiques.“

## Un promoteur assigne Déi Lénk devant la justice

(fg) – Le promoteur Nico Arend a établi un singulier lien entre deux documents publiés par Déi Lénk lors de la campagne des dernières législatives. Dans l’un, le parti de gauche cite une étude de l’Observatoire de l’habitat désignant la société immobilière Arend et Fischbach comme l’un des plus importants propriétaires fonciers du pays. Dans le second document, portant sur la justice fiscale, un dessin stéréotypé, réalisé en interne, représente un homme d’affaires assis sur des sacs et des valises débordant de billets de banque. Le personnage en costume et chaussé de lunettes paraît anonyme. Mais ce n’est pas l’avis de Nico Arend, qui s’y est reconnu. Il estime que Déi Lénk l’a intentionnellement caricaturé, portant atteinte à son image. Il a par conséquent assigné quatre membres du parti en justice : les députés Marc Baum et David Wagner, ainsi que les porte-parole Carole Thoma et Gary Diderich. Il leur réclame 50.000 euros de dommages dans cette procédure engagée au civil, qui en est au stade de l’échange d’arguments entre avocats. Au cours d’une conférence de presse tenue mercredi, Marc Baum a précisé que l’extrait de l’étude reproduit par Déi Lénk ne citait pas nommément Nico Arend, mais la société dont il est l’administrateur délégué. Pour le député, ce cas, plutôt unique en son genre, est une attaque contre la liberté d’expression et constitue une procédure bâillon, destinée à intimider Déi Lénk en pleine campagne des élections européennes.

## EU-Wahl: Viel Briefwahl, wenig Ausländer\*innen

(ja) – Am 23. Mai veröffentlichte der Informations- und Pressedienst der Regierung Zahlen zu den Wähler\*innen bei der EU-Wahl am 9. Juni. Insgesamt sind 314.852 Wähler\*innen eingeschrieben, davon besitzen 9,77 Prozent nicht die luxemburgische Staatsangehörigkeit. Die Möglichkeit der Briefwahl nehmen 27,87 Prozent war, also etwas mehr als ein Viertel aller Wähler\*innen. Am höchsten ist der Anteil der eingeschriebenen Ausländer\*innen rund um die Hauptstadt, wo viele EU-Staatsangehörige wohnen, die nicht aus den Nachbarländern Luxemburgs oder Portugal stammen. Am kleinsten ist der Anteil in den Gemeinden Useldingen (2,62 Prozent) und Prézersdall (2,76 Prozent). Die Briefwahl ist in der Gemeinde Garnich am populärsten, dort wählen 41,89 Prozent per Post. Die wenigsten Briefwähler\*innen gibt es in Hesperange (17,66 Prozent) sowie Differdingen und Esch-Alzette, wo nur etwa ein Fünftel per Post wählt.

*Wollen Sie wissen, wie viele Leute in Ihrer Gemeinde Briefwahl betreiben? Die woxx hat diese Zahlen visualisiert und stellt die Grafiken online unter [woxx.eu/euwahl2024](https://www.woxx.eu/euwahl2024) zur Verfügung.*

## Luxemburger Gewässer mit Ewigkeitschemikalie kontaminiert

(ja) – Am vergangenen Montag veröffentlichte das Pesticide Action Network Europe (PAN Europe) gemeinsam mit der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 die Resultate einer Studie zur Belastung von Grundwasser und Flüssen mit Trifluoressigsäure (TFA). Bei TFA handelt es sich um eine sogenannte Ewigkeitschemikalie, die in der Umwelt nur sehr langsam abgebaut wird. Ihre Toxizität wurde bisher wenig untersucht. Insgesamt wurden Wasserproben aus zehn Ländern untersucht, die Umwelt-NGO Mouvement écologique hat zwei Proben aus Luxemburg beigetragen. Die Konzentration in der Alzette bei Mersch lag bei 1.220 ng/Liter, jene einer Trinkwasserquelle bei Dommeldingen bei knapp 1.000 ng/Liter. Der vorgeschlagene Grenzwert der EU-Trinkwasserrichtlinie für Stoffe wie TFA liegt jedoch bei lediglich 500 ng/Liter. TFA entsteht durch den Abbau von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die zum Beispiel in Pestiziden vorkommen. Der Mouvement fordert nun ein schnelles Verbot dieser Pestizide und ein allgemeines Verbot von PFAS. Außerdem soll TFA als „prioritäre Substanz“ in die europäische Wasserrahmenrichtlinie aufgenommen werden, womit sich für die Mitgliedsstaaten Überwachungspflichten und Grenzwerte ergäben. Die Kontamination von Grundwasser und Flüssen mit TFA sei ein „unverantwortliches und selbstzerstörerisches giftiges Erbe für zukünftige Generationen“, so die Umwelt-NGO.